



Eidgenössisches Politisches Departement  
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Bern,  
Berne,

**Integrationsbureau**

Département politique fédéral  
Département fédéral de l'économie publique

**Bureau de l'intégration**

776.203 - vW/Eg/dm

Besuch Jenkins:

Arbeitssitzung im Sitzungszimmer der Handelsabteilung  
vom 14.11.1978, 09.15 - 10.50 Uhr

Teilnehmer:

- BR Honegger (Vorsitz), Jolles, Languetin, Caillat, Hegner, Dunkel (teilweise), Sommaruga, Kaeser, Zwahlen, Blankart, Egger, v. Walterskirchen
- Jenkins, Tickell (Kabinettschef), Vanden Abeele (Währungsberater), Beetham (Pressechef), André (Pressebüro Genf), Lederer (Uebersetzer)

1. Stand der Beziehungen Schweiz/EG

Bundesrat Honegger eröffnet die Sitzung und begrüsst die Delegation der Kommission. Nach einführenden Worten, in denen er das Verhältnis der Schweiz zur Gemeinschaft unter Miteinbezug der EFTA-Staaten umreisst, schlägt er vor, folgende Themen zur Sprache zu bringen

././ (vgl. die beigelegte Eröffnungsdeklaration):

- Stand der Beziehungen Schweiz/EG;
- Erweiterung der Gemeinschaft;
- MTN;
- Europäisches Währungssystem.

Präsident Jenkins ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der Schweiz seien - was sich schon aus der geographischen Lage ergebe - besonderer Natur. Die Gemeinschaft befürworte eine weitere Vertiefung der bestehenden Beziehungen, und dies nicht nur im Handelsbereich. In jenen Bereichen, die über den Freihandel hinausgehen, stehe das Abkommen zur Liberalisierung der Niederlassung von Nicht-Lebensversicherungen kurz vor dem Abschluss; ferner sei die Schweiz das erste Land, mit welchem die Gemeinschaft im Bereich von EURONET zusammenarbeiten werde.





Präsident Jenkins unterstreicht den Willen der Gemeinschaft, den traditionellen Kriterien ihrer Beziehungen zur Schweiz weiterhin Rechnung zu tragen.

## 2. Erweiterung der Gemeinschaft

Präsident Jenkins äussert sich zum Fahrplan wie folgt:

Bei den Griechenlandverhandlungen werden die grundsätzlichen Fragen möglicherweise noch vor den Weihnachtsferien gelöst sein; ein wesentliches Problem stellen hierbei einige von deutscher Seite aufgeworfene Landwirtschaftsfragen dar. Unter Annahme des Weihnachtstermins könnten bis Ende Februar die Details geregelt werden, so dass im Juli an den Abschluss des Beitrittsvertrags zu denken wäre. Der Beitritt Griechenlands könnte im Laufe des Jahres 1980 vollzogen werden, wobei der Kommission (infolge ihrer Neuwahl) der 1.1.1981 als günstigeres Datum erschiene.

Im Oktober-Ministerrat wurde die Eröffnung formeller Verhandlungen mit Portugal beschlossen. Substanzielle Punkte werden erst zu Beginn 1979 in Angriff genommen werden können; die Verhandlungen würden voraussichtlich das ganze Jahr dauern.

In bezug auf Spanien habe die Kommission die Vorbereitungen dieses Geschäfts praktisch abgeschlossen, so dass der Rat Anfang Dezember Beschluss fassen und der Kommission ein Mandat erteilen könnte. Somit könnten die Verhandlungen im Laufe des Jahres 1979 beginnen. Es bestehe eine gewisse Tendenz, mit Spanien schneller vorzugehen als mit Portugal, wo politische Probleme bestehen, weshalb ein gemeinsamer Beitritt Spaniens und Portugals nicht auszuschliessen sei (Zum Datum meinte Jenkins: "I would judge it about two years after the date of Greece").

Botschafter Jolles kommt auf die handelspolitischen Probleme der Erweiterung zu sprechen. Als Mitgliedstaat der EFTA ist Portugal bereits in den europäischen Freihandelsraum integriert. Zwischen Spanien und den EFTA-Staaten steht ein interimistisches und GATT-konformes Abkommen, das bezüglich Industrieprodukte identisch mit dem ESA ist, kurz vor dem Abschluss. Die EFTA-Staaten seien daran interessiert, sobald als möglich die diagonale Kumulation zwischen



Spanien, der EFTA und der EWG - an welcher ein trilaterales Interesse bestehe - auf der Basis voller Reziprozität einzuführen. Dies umso mehr, als es sich dabei um die Vorbereitung der Situation nach einem Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft handle.

Präsident Jenkins nimmt den Vorschlag zur Einführung einer diagonalen Kumulation EFTA/Spanien/EWG zur Kenntnis.

Botschafter Jolles umreisst die schweizerische Haltung bezüglich Griechenland: Wir haben aufgrund der Rechtslage die feste Erwartung, dass die EFTA-Staaten auf dem griechischen Markt ab Beitrittsdatum gegenüber der Gemeinschaft im Freihandelsbereich nicht diskriminiert werden. Da mit dem Beitritt Griechenlands dessen handelspolitische Vertragsabschlussbefugnis an die Gemeinschaft übergeht, gehen wir davon aus, dass die Verhandlungen mit den EFTA-Staaten, soweit notwendig, von der Kommission geführt werden. Gespräche zwischen der Schweiz und der Kommission wären in dieser Beziehung zu einem baldigen Zeitpunkt wünschbar.

Präsident Jenkins, sekundiert von Herrn Tickell, nimmt diesen Ansatz zur Kenntnis. Ein "clearing of the ground" soll demnächst in einer Diskussion zwischen Botschafter Sommaruga und GD de Kergorlay erfolgen. Danach könnten - falls nötig - noch Gespräche mit der Kommission unter Umständen unter Miteinbezug Griechenlands stattfinden.

### 3. MTN

Botschafter Jolles betont den schweizerischen Wunsch, die Tokio-Runde erfolgreich abzuschliessen; ein "brake-down" hätte psychologisch negative Auswirkungen, die Bekämpfung des Protektionismus würde einen schweren Rückschlag erleiden und UNCTAD V würde ungünstig beeinflusst. - In den nächsten Tagen werde er mit Strauss zusammentreffen, um das Problem der "countervailing duties" zu besprechen; hier mögen ähnliche Rückwirkungen auf die EWG entstehen wie bei den Gesprächen der Kommission mit den Japanern. Ganz allgemein liegen sowohl die Schweiz als auch die EWG, zufolge ihrer ähnlichen Exportstruktur, auf der gleichen Linie. Gewisse Differenzen bestehen praktisch nur bezüglich der Frage der internationalen Ueberwachung,



wo die Schweiz möglichst transparente und einfach interpretierbare Regeln wünscht. Hiezu präzisiert Botschafter Dunkel, dass die Schweiz Bestrebungen einer a u t o m a t i s c h e n Ueberwachung aller handelspolitischen Massnahmen der GATT-Vertragsparteien skeptisch gegenübersteht. Im Rahmen des GATT sollten nur jene handelspolitischen Massnahmen zur Sprache kommen, die ausdrücklich von einer Delegation aufgebracht würden.

Präsident Jenkins geht auf die sehr konstruktive Rolle ein, die die Schweiz in der Tokio-Runde gespielt hat. Er betont des weitern die Notwendigkeit, auch in Zukunft in diesem Bereich eng zusammenzuarbeiten. Es gehe nicht mehr darum, Fortschritte zu erzielen, sondern keine Rückschritte zu machen.

Er informiert kurz über die Ansichten der Kommission zum "waiver": Da der Kongress im Oktober vor Neuwahlen stand, kann er sich erst jetzt mit dem "Holling-Amendment" auseinandersetzen. Hieraus ergeben sich für die USA zwei Extrempositionen: Entweder werden die Verhandlungen abgeschlossen, bevor der "waiver" vor den Kongress kommt - oder die Verhandlungen können erst dann abgeschlossen werden, wenn der Kongress den "waiver" behandelt hat. Hieraus möchte die Kommission folgenden Kompromiss ableiten: Die Verhandlungen sollen am 15.12. abgeschlossen werden, wobei die EWG aber einen Vorbehalt bezüglich der "countervailing duties" machen wird, was bedeutet, dass die weitere Erhebung der Ausgleichszölle in den USA zu einer Infragestellung bzw. Aufschiebung der Agrarkonzessionen der EWG führen würde. Ganz allgemein dürfe man im 15.12.1978 kein zu fest umrissenes Abschlussdatum sehen.

#### 4. Europäisches Währungssystem

Bundesrat Honegger nimmt Bezug auf die Rede von Herrn Jenkins zu diesem Thema in Basel am 13.11.1978 und unterstreicht das Interesse der Schweiz an der Schaffung einer Zone mit grösserer Währungsstabilität in Europa; er bittet Generaldirektor Languetin, Leiter der vom Bundesrat beauftragten Arbeitsgruppe, die den Verlauf dieser Bemühungen zu verfolgen und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sowie vor allem auf die schweizerische Wirtschaft zu prüfen hat, um ein einführendes Exposé.



Generaldirektor Languetin erklärt, es bestände kein Zweifel, dass stabilere Wechselkurse den internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen in erheblichem Masse erleichtern würden. Die Geschehnisse in Europa seien für die Schweiz umso bedeutsamer, als sie gegen 60 % ihrer Ausfuhren und 75 % ihrer Einfuhren mit den möglichen Teilnehmern eines neuen europäischen Währungssystems abwickle. Auch im Dienstleistungs- und Finanzverkehr seien diese Länder in der Regel unsere wichtigsten Partner.

Im Hinblick auf den hohen Grad der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft sei unser Ziel, an einer noch engeren Kooperation auf währungspolitischem Gebiet mitzuwirken. Im gegenwärtigen Zeitpunkt sei indessen noch unklar, auf welche Art und Weise eine Zusammenarbeit realisierbar sei.

Im Zusammenhang mit der währungspolitischen Diskussion wäre es von Interesse zu wissen, welche Haltung Herr Jenkins zu folgenden Fragen einnehme:

1. Beurteilung der Chancen des Zustandekommens des EWS auf den 1.1.1979 und dessen institutionelle Folgen.
2. Koordination mit Drittlandwährungen und der Einfluss des EWS auf den Dollar. Er, Jenkins, habe gestern erklärt: "No-one has suggested that the ECU should take the place of the Dollar for which a leading role in the international monetary system remains necessary and unquestioned. But it is possible to envisage a system in which responsibility is more widely shared and in which both the ECU and of course the Japanese Yen play a more important role". Man könnte sich vorstellen, dass mangels einer gemeinsamen Dollarpolitik das EWS negativ beeinflusst werden könnte. So hätten die massiven Dollarinterventionen der BRD in diesem Jahr destabilisierende Wirkungen gezeitigt.
3. Welche Aussichten bestehen für eine bessere Uebereinstimmung der Wirtschaftspolitiken der EG-Länder ? Die durch wirtschaftliche Gegebenheiten notwendig werdenden Anpassungen der Wechselkurse könnten unter Umständen den Weg für Spekulationen wieder öffnen.
4. Wie wird die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Drittländern beurteilt, die mit der EG besonders enge Beziehungen aufrechter-



halten ? Zwar sei es bekannt, dass die Diskussionen darüber in der Gemeinschaft noch nicht sehr weit gediehen seien. Indessen wäre es interessant, darüber mindestens die Philosophie zu kennen, z.B. ob ein einheitlicher Abkommenstyp vorgesehen sei, ob nach wie vor an ein Abkommen zwischen Notenbanken gedacht werde, welches timing bezüglich allfälliger Verhandlungen in Aussicht genommen werde und was für Abkommensprozeduren damit verbunden wären.

Präsident Jenkins möchte, den Inhalt seiner gestrigen Rede als bekannt voraussehend, zu den gestellten Fragen seine persönliche Meinung äussern:

ad 1) Hinsichtlich der Realisierungschancen des EWS sei er zuversichtlich. Welche Formen dieses System zu Beginn annehmen werde, sei heute noch unbestimmt. Jedenfalls werde das EWS mehr sein als die bestehende Währungsschlange. Die Schaffung des Systems auf den 1.1.1979 sei nicht in Frage gestellt. Als Teilnehmer neben den Schlangenländern werde ab 1.1.1979 mit Sicherheit Frankreich mitwirken, nicht viel später würden ev. andere Länder wie Grossbritannien, Irland und Italien mitmachen.

In Grossbritannien sei die Haltung gegenüber dem EWS auf Regierungsebene noch gespalten. Irland möchte politisch auch ohne Grossbritannien dem EWS beitreten. Inwiefern dies indessen ökonomisch möglich sei, darüber sei man sich noch nicht im klaren. Im übrigen wäre auch Italien politisch an einem EWS-Beitritt interessiert, dies unter der Voraussetzung erweiterter Bandbreiten, eine Forderung, die allerdings von einer grösseren Anzahl von EG-Staaten abgelehnt werde.

In institutioneller Hinsicht sind gemäss Präsident Jenkins für die Phase ab 1.1.1979 keine grösseren Aenderungen im Vergleich zu den bestehenden Institutionen notwendig. In der geplanten Uebergangszeit der folgenden zwei Jahre müsste dann aber über die Errichtung des Europäischen Währungsfonds und die Gestaltung seiner Beziehungen zu den andern Organen der Gemeinschaft entschieden werden. Daraus würden sich die institutionellen Aenderungen ergeben.



- ad 2) Präsident Jenkins unterstreicht seine von Herrn Languetin wiederholten Aussagen hinsichtlich der Rolle des Dollar. Im weitem ergänzt er, dass ihm eine Kooperation mit den amerikanischen Behörden wichtig schiene, dies u.a. in Anbetracht der nach wie vor bedeutenden Rolle des Dollar. Ueberdies hätten seine am vergangenen Montag im Rahmen der BIZ unter Notenbankgouverneuren geführten Gespräche ergeben, dass die amerikanischen Behörden (vor dem Hintergrund seiner Bemerkungen) keine grundlegenden Vorbehalte gegenüber dem EWS hätten.
- ad 3) Nach Darlegungen von Präsident Jenkins besteht in der Gemeinschaft der politische Wille zu einer strengeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, allerdings sei dessen Auswirkung heute noch kaum ersichtlich. Die durch wirtschaftliche Gegebenheiten unerlässliche Anpassung der Währungsrelationen sei ohne grössere Spekulationswellen - wie in der Schlange - leichter mit als ohne das zukünftige EWS zu bewerkstelligen.
- ad 4) Präsident Jenkins entschuldigt sich, dass hinsichtlich der möglichen Zusammenarbeit mit Drittländern seit Bremen immer noch nichts Konkretes vorliegt. Der vorgegebene Zeitplan habe die Schaffung von Prioritäten erforderlich gemacht.
- Bezüglich der Formen einer möglichen Zusammenarbeit stehe fest, dass Währungen assoziierter Länder nicht bei der Zusammensetzung des Währungskorbes berücksichtigt werden könnten. Da die Rolle, die der ECU spielen werde, noch unklar sei, sei es ebenso verfrüht, sich über Aspekte bezüglich der Divergenzschwelle zu äussern. Wie in der Anlage zum Bremer Communiqué vorgesehen sei, hätten die Zentralbanken assoziierter Länder die Möglichkeit, sich am Europäischen Wechselkurssystem zu beteiligen. Diese Zusammenarbeit stehe ausser Zweifel, man denke indessen an eine Lösung, die etwas weiter gehen sollte.
- Hinsichtlich der Frage, welche Drittländer mit besonders engen Bindungen zur EG schliesslich für eine Zusammenarbeit im Vordergrund stehen, erklärt Präsident Jenkins, die Schweiz sei bekannterweise der wirtschaftlich bedeutendste Partner der EG; als weitere Teilnehmer kämen auch Länder wie Oester-



reich, Schweden und Norwegen in Frage. Hinzu kämen die Beitrittskandidaten Griechenland, Spanien und Portugal; Griechenland und Spanien seien am EWS interessiert, während Portugal eine abwartende Haltung einnehme.

Präsident Jenkins unterstreicht, dass mit den interessierten Drittländern Kontakt aufgenommen werde, sobald auf Gemeinschaftsebene fixiert sei, in welcher Form das EWS ab 1.1.1979 zu funktionieren hat.

Bundesrat Honegger bekräftigt die Bereitschaft der Schweiz, an einer noch engeren Kooperation auf währungspolitischem Gebiet mitzuwirken, und wünscht, dass die Tür für eine noch zu bestimmende Form der Zusammenarbeit mit Drittländern offen bleibt.

Direktor Jolles ergänzt hierzu, es wäre - wie am Bremer-Gipfel - wünschbar, wenn in der allfälligen Beschlussfassung des Europäischen Rates die Möglichkeit einer Assoziation von Drittstaaten offengehalten und zugleich festgehalten werde, dass die Verhandlungsrichtlinien für die in Frage kommenden Modalitäten erst in einer späteren Phase definiert würden.

Präsident Jenkins erwidert, an den Beschlüssen von Bremen bezüglich der Drittländer werde wahrscheinlich auch am Europäischen Rat vom 4./5. Dezember 1978 festgehalten.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD

sig. A. Egger / M. v. Walterskirchen